



Presseschau vom 20.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

deutsch.rt.com: **Türkei räumt ihren größten militärischen Posten im Nordwesten Syriens**

Der Zweck der militärischen Posten war gemäß der Sotschi-Vereinbarung 2018 zwischen der Türkei und Russland Deeskalation. Nun räumt die Türkei ihren größten Posten zwischen Hama und Idlib – trotz früherer Verlautbarungen, die Stützpunkte seien "nicht verhandelbar".

...

<https://de.rt.com/2bbn>

Bradley Blankenship: **Der US-unterstützte Putsch ist an der Einigkeit der Bolivianer gescheitert**

Aus den Umfragen geht hervor, dass die Bewegung zum Sozialismus im ersten Wahlgang die Regierung von Jeanine Áñez gestürzt und bewiesen hat, dass der von den USA unterstützte Putsch im vergangenen Jahr nur ein Zwischenfall in der ansonsten stetigen Entwicklung der Nation war. ...

<https://de.rt.com/2bbm>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **US-Kongressabgeordnete fordert Nato-Ausschluss für die Türkei**

Die demokratische Abgeordnete und Präsidentschaftskandidatin von 2016, Tulsi Gabbard, hat den US-Kongress aufgefordert, die Türkei wegen des Bergkarabach-Konflikts aus der Nato auszuschließen. Dies hat die Organisation der armenischen Diaspora in den USA, das Armenische Nationale Komitee Amerikas (ANCA), via Twitter am Montag bekanntgegeben. „In einer neuen Resolution, in der die Angriffe der Türkei auf US-Streitkräfte verurteilt werden, (...) fordert Tulsi Gabbard den Ausschluss von Ankara aus der Nato“, teilte ANCA auf Twitter mit.

Die Unterstützung Aserbaidshans im Karabach-Konflikt durch die Türkei würde der Position der Nato widersprechen, hieß es. Darüber hinaus sei im Dokument darauf eingegangen worden, dass die Türkei die Kämpfer aus Syrien in die Konfliktregion Bergkarabach geschickt habe und türkische F-16 an den Operationen dort teilgenommen hätten.

Zuvor hatten die Quellen in der syrischen Opposition gegenüber der RIA Novosti über Ankaras Pläne berichtet, eine Gruppe von Söldnern nach Aserbaidshan zu befördern. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte seinerseits die Angaben über die Entsendung von Kämpfern aus Syrien nach Bergkarabach bestritten und später Russland, den USA und Frankreich vorgeworfen, Armenien militärisch zu unterstützen.

Auch der syrische Präsident Baschar al-Assad hatte in einem Interview mit der RIA Novosti über den Einsatz von Terroristen durch die Türkei in Karabach berichtet. Laut dem russischen Auslandsgeheimdienst (SWR) ziehen radikal eingestellte Kräfte tatsächlich in die Konfliktzone. Laut dem SWR-Chef Sergej Naryschkin handelt es sich um Hunderte und sogar Tausende von Söldnern.

Der aserbaidshanische Präsident Ilham Alijew wiederum sagte, dass Baku keine Kämpfer nach Karabach locken würde. Er betonte auch, dass niemand die Beteiligung von Söldnern an den Kampfhandlungen bisher habe nachweisen können. ...

de.sputniknews.com: Länder Südamerikas bekommen russischen Corona-Impfstoff voraussichtlich im Dezember

Laut einer Erklärung des Chefs des Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF), Kirill Dmitriev, kann Russland bereits ab Dezember Lateinamerika mit seinem Corona-Impfstoff „Sputnik V“ beliefern.

Den Lieferungstermin verkündete Dmitriev am Montag im Rahmen einer gemeinsamen Online-Konferenz des RDIF und des Bering-Bellingshausen-Instituts für die Erforschung Amerikas. Die Veranstaltung war dem Impfstoff „Sputnik V“ und der russisch-lateinamerikanischen Zusammenarbeit gewidmet.

Außerdem kündigte der RDIF-Chef die Unterzeichnung von Impfstoff-Lieferungsverträgen mit Argentinien und Peru an. Zuvor hatte der Fonds bereits mit mehreren Ländern die Zustellungen des Präparats vereinbart. Demnach soll Mexiko 32 Millionen Dosen bekommen, Brasilien – bis zu 50 Millionen Dosen. Nach Nepal und Usbekistan sollen je 25 Millionen und 35 Millionen Dosen gehen. Die größte Charge – 100 Millionen Dosen – soll Indien erhalten.

...

de.sputniknews.com: USA beschuldigten sechs „russische Hacker“ versuchten Cyberangriffs auf Olympia-2018

Das US-Justizministerium hat sechs Russen beschuldigt, an einer Reihe von Hackerangriffen und der Verbreitung von Malware beteiligt gewesen zu sein, um die Infrastruktur anderer Länder anzugreifen, berichtete ABC News unter Berufung auf den Text der Anklage.

Der Anklage zufolge wollten die Russen angeblich „die Bemühungen der russischen Behörden zur Untergrabung, zu Gegenaktionen und anderer Art Destabilisierung unterstützen“, die gegen die Ukraine, Georgien, die Wahlen in Frankreich, die Olympischen Spielen in Südkorea gerichtet seien, und bei Versuchen der internationalen Gemeinschaft, Russland für den „Einsatz“ des Nervengifts „Nowitschok“ zur Rechenschaft zu ziehen.

Diese sechs Angeklagten seien „aktuelle und ehemalige Mitarbeiter der GRU“, die unter anderem angeblich Computer bei den Olympischen Spielen in Südkorea deaktiviert hätten, so ein Sprecher des US-Justizministeriums auf einer Pressekonferenz. Die Russen hätten während der Eröffnungsfeier der Spiele „ein Virenprogramm gestartet“, mit dem Daten von Tausenden von Computern gelöscht und deaktiviert worden seien.

„Obwohl die Angreifer Schritte unternommen haben, die Verantwortung für den Virenangriff auf die Zerstörung der Olympischen Spiele auf Nordkorea zu schieben, waren sie nicht erfolgreich“, sagte ein Beamter des Justizministeriums.

Die Beschuldigten waren nach Behauptung des Ressorts auch an Cyberangriffen auf Kraftwerke in der Ukraine im Sommer 2017 und an der Verbreitung des Schadprogramms „NotPetya“ beteiligt.

„In Bezug auf die böswilligen Aktivitäten in den Vereinigten Staaten haben die Hackerangriffe den Betroffenen in den Vereinigten Staaten eine Milliarde Dollar Schadenersatz gekostet“, hieß es weiter.

Auch Großbritannien spricht von russischen Cyberangriffen

Das britische Außenministerium schloss sich den Vorwürfen gegen den russischen Militärgeheimdienst an. Es behauptet, die angeblichen Hacker hätten Attacken nicht nur gegen Organisatoren und Sponsoren der Olympischen Spiele 2018 durchgeführt, sondern auch gegen Olympia-2020, die in Tokio stattfinden sollten, aber wegen der Corona-Pandemie verschoben wurden.

„Die Aktionen der GRU gegen die Olympischen und Paralympischen Spiele sind zynisch und rücksichtslos. Wir verurteilen sie auf das Schärfste“, sagte der britische Außenminister Dominic Raab in einer Erklärung am Montag.

Die russischen Behörden hatten westliche Vorwürfe in Bezug auf Cyberangriffen mehrfach zurückgewiesen. Unter anderem verweisen die Diplomaten auf fehlende Beweise gegen Moskau. Kremlsprecher Dmitri Peskow hatte erläutert, dass die russische Regierung selbst oft im Cyberraum angegriffen werde.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31970/98/319709891_0:434:2983:2047_1000x0_80_0_1_652ba59405df3de07190c8bb46feb01a.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. Oktober 2020 wurde ein Feuerangriff von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt: um 6:40 Uhr wurde der Einsatz von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen von Seiten der BFU aus Richtung Luganskoje in Richtung **Kalinowka** festgestellt. Mit einem Mörser des

Kalibers 120mm wurden 11 Geschosse abgefeuert, außerdem 7 Schüsse mit einem Antipanzergrenatwerfer.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Dan-news.info: **Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zur Erklärung Resnikows über die Minsker Vereinbarungen**

„Die Erklärung des stellvertretenden Leiters der ukrainischen Delegation beim Minsker Verhandlungsprozess schlägt in einem gewissen Sinn die zuvor von den Vertretern der Ukraine aufgestellten Rekord in Hinblick auf Absurdität und Überheblichkeit.

Herr Resnikow hat im Grunde direkt erklärt, dass die Minsker Vereinbarungen nicht funktionieren und die Ukraine zum Ausstieg aus dem vom UN-Sicherheitsrat gebilligten Friedensprozess bereit ist. Obwohl sowohl die Republiken als auch die Vermittler in Gestalt der OSZE und die Garantenstaaten in Gestalt Russlands, Deutschlands und Frankreichs von Anfang an davon ausgegangen sind, dass die Minsker Verhandlungen der Ort sind, an dem Frieden im Donbass erreicht werden soll. Deshalb drängt sich sicher der Schluss auf, dass die vom ukrainischen „Reintegrations“-Ministerium verlautbarten Thesen sogar die Rhetorik Poroschenkos übertreffen, der es auch im höchsten Maße liebte zu erzählen, wie unangenehm ihm die Existenz der Minsker Verhandlungen überhaupt ist.

Aber das Team der „Diener des Volkes“ geht weiter – sie verlautbaren eine Position, die ein Gegengewicht zur Aktivität von Selenskij selbst ist, der auf dem Gipfel des „Normandie-Quartetts“ persönlich die Unterstützung des ukrainischen Staates für den Maßnahmenkomplex und andere Dokumente des Minsker Pakets bestätigt hat. Im Zusammenhang damit kommt die wohlbegründete Frage auf: Müssen solche Aussagen des Herrn Resnikow als offizielle Position des ukrainischen Präsidenten qualifiziert werden oder ist das Chaos in diesem Land auf so einen Level gekommen, dass die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut und der Kopf überhaupt blind und taub ist?

Wie dem auch sei, Tatsache bleibt Tatsache – in der Ukraine gibt es nicht den politischen Willen, die eigenen Verpflichtungen bezüglich der Minsker Vereinbarungen in der existierenden Form umzusetzen. Im Zusammenhang damit sind die Vertreter Kiews in Minsk weder bestrebt noch bevollmächtigt, in der Kontaktgruppe irgendwelche gegenseitig vereinbarten Entscheidungen und Absprachen zu erreichen. In dieser Situation hält es die ukrainische Regierung für logisch, nicht weiter an den existierenden Vereinbarungen zu arbeiten und schlägt vor, irgendwelche neuen, für die ukrainische Seite günstigeren zu unterzeichnen. Unsere Position zu dieser Frage ist einfach: Falls die Ukraine entscheidet, mit irgendwem irgendwelche Stockholmer und beliebige andere Vereinbarungen zu unterzeichnen – das ist ihr Recht und ihre innere Angelegenheit. Aber die Republiken wird diese heftige Aktivität sicher nicht betreffen – wir werden unseren Weg entsprechend unserer inneren Tagesordnung gehen.

Schließlich wollen wir den Subjekten der internationalen Beziehungen, mit denen die Ukraine Vereinbarungen abschließen will, einen Rat geben: Man muss sehr gut überlegen, ehe man einem Unterzeichner in Gestalt Kiews vertraut, der nach der Erreichung von Vereinbarungen ihre Umsetzung um sechs Jahre verzögert und sich dann einfach seinen Verpflichtungen verweigert und weggeht, um mit irgendwem irgendetwas neues zu unterzeichnen.“

Zuvor hatte der Vizepremierminister der Ukraine Alexej Resnikow in einem Interview mit „Serkalo Nedeli“ erklärt, dass Minsk nicht der Ort sei, wo Frieden erreicht werden kann und vorgeschlagen, irgendwelche anderen, zum Beispiel Stockholmer Vereinbarungen zu unterzeichnen, in die die Ukraine einen Punkt über die Übergabe der Kontrolle über die Grenzen zwischen dem Donbass und der RF vor der Einrichtung eines besonderen Status für die Region und vor der Durchführung von Kommunalwahlen dort einfügen würde.

de.sputniknews.com: **Wehrbeauftragte Högl spricht sich für bewaffnete Drohnen aus**

Die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, hat sich klar für die Anschaffung der neuen Bundeswehr-Drohnen ausgesprochen.

„Ich hoffe sehr, dass noch in dieser Legislaturperiode über die Anschaffung entschieden wird“, so die SPD-Politikerin im ARD-Hauptstadtstudio.

„Der Koalitionsvertrag ist klar, die Diskussion hat stattgefunden, die Rahmenbedingungen sind klar. Ich halte das für entscheidungsreif.“

Nach jahrelangen Diskussionen hatten sich Union und SPD zuletzt entschieden, das Projekt voranzubringen.

Heron TP

Das neue Drohnen-Modell Heron TP – ein in Israel gefertigtes Modell – ist „bewaffnungsfähig“ und kann zur Beobachtung von Gegnern eingesetzt werden, aber auch zum Angriff.

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD ist vorgesehen, dass eine parlamentarische Entscheidung über die Bewaffnung erst nach „ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung“ erfolgen kann.

Vor allem in der SPD hatte es lange Zeit erhebliche Bedenken gegen die Anschaffung von Drohnen gegeben. Kritiker führten wiederholt an, die Hemmschwelle für die Anwendung militärischer Gewalt könne durch eine räumliche Distanz sinken. Högl sagte nun:

„Ich bin nach intensiver Beratung, Information und Diskussion zu dem Ergebnis gekommen, dass die Einsätze sicherer werden für die Soldaten, weil die Drohnen flexiblere Möglichkeiten bieten, auf Bedrohungen zu antworten.“

Sie dringt aber darauf, dass die Einsatzregeln für die Drohnen stets vom Bundestag klar gefasst und dann auch kontrolliert werden müssten. Dazu gehöre aus ihrer Sicht:

„Die Drohnen in Afghanistan werden nicht von Berlin aus gesteuert und es gibt auch keine völkerrechtswidrigen Einsätze.“



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32708/10/327081090_0:20:3747:2048_1000x0_800_1_36ed57a6b3a5981639de9f79d4701f36.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 19. Oktober 3:00 Uhr bis 20. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 1.

Auf das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über eine unbefristete Feuereinstellung mit folgenden Waffen geschossen: Richtung Mariupol: Schusswaffen - einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich **Kominternowo**:

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.
In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 12.

deu.belta.by: **Lettischer Politologe: Mehr Ausschreitungen bedeutet mehr Geld für die Opposition**

„Friedliche Protestler“ und Radikale, von denen es immer mehr auf den belarussischen Straßen gibt, brauchen keinen Dialog. Die Opposition ist zu keinem konstruktiven Gespräch bereit, sie verfolgt ihre eigenen Ziele. Diese Meinung äußerte der lettische Politologe Normunds Grostiņš in einer Sendung bei „Belarus 1“.

„Wenn sie ihre Protestbewegung stoppen, würden sie viel Geld verlieren, das sie zur Unterstützung ihrer Aktivitäten erhalten. Es wäre für sie ein großer Nachteil, deshalb werden sie ihre Proteste um jeden Preis fortsetzen. Dabei wird vor allem auf die ‚Macht der Bilder‘ gesetzt. Am besten wirken solche Szenen, wenn Demonstranten geschlagen oder weggeschleppt werden“, meint der Experte.

Die Opposition werde alle Hebel in Bewegung setzen, um die Massenproteste eskalieren zu lassen und auf diese Weise noch mehr Finanzierung für die weiteren Aktionen anzufordern.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1603179989_53317_big.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 18. Oktober um 9:00 Uhr 1352 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bisher 1011 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gab es 64 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 19. Oktober wurden in der DVR 114 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Am 20. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 5302 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2607 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 2418 als gesund entlassen, es gibt 367 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 49 Patienten als gesund entlassen.

Außerdem gab es 18 Todesfälle – Männer im Alter von 59 bis 84 Jahren und Frauen im Alter von 47 bis 84 Jahren.

In den letzten 24 Stunden wurden 212 Fälle von Lungenentzündungen festgestellt, davon

wurden 119 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1987 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 381 mit Sauerstoffunterstützung (+54 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: **Russlands Botschaft in USA kommentiert Hacker-Vorwürfe gegen russische Bürger**

Die Botschaft Russlands in Washington weist die Vorwürfe der USA gegen russische Bürger wegen Hackeraktivitäten und einer „destabilisierenden“ Tätigkeit in der ganzen Welt zurück. Zuvor hatten das US-Justizministerium und das FBI sechs russische Bürger beschuldigt, die laut Washington im Verdacht stünden, Hackerangriffe vorzunehmen und mit der Hauptverwaltung des Generalstabes der Streitkräfte Russlands zusammenzuarbeiten.

„Es ist offenbar, dass derartige Informationsanlässe mit der Realität nichts zu tun haben und nur darauf abzielen, russlandfeindliche Stimmungen in der amerikanischen Gesellschaft anzuheizen, zur ‚Hexenjagd‘ anzuspornen und eine Spionage-Manie zu kultivieren. All das ist schon seit Jahren der Clou des politischen Lebens Washingtons“, sagte ein Sprecher der russischen Botschaft gegenüber Sputnik.

„Die US-Behörden zerstören konsequent die pragmatischen russisch-amerikanischen Beziehungen und zwingen der eigenen Bevölkerung künstlich eine toxische Wahrnehmung Russlands und all dessen auf, was mit diesem Land verbunden ist“, so der Sprecher. Er betonte, dass Russland nicht beabsichtigt hätte, weltweit „destabilisierende Operationen“ durchzuführen, und dies auch heute nicht beabsichtige.

„Dies steht nicht im Einklang mit unserer Außenpolitik, unseren nationalen Interessen und unserer Einsicht dafür, wie sich die Beziehungen zwischen den Staaten gestalten sollen. Russland respektiert die Souveränität anderer Länder und mischt sich nicht in ihre Angelegenheiten ein“, fügte der Sprecher hinzu. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32690/11/326901178_0:334:3072:1996_1000x0_80_0_1_e40dd94d42d85139974832e95f4d7c4a.jpg

Lug-info.com: **Erklärung des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen, des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego**

Herr Resnikow, der stellvertretende Leiter der Delegation der Ukraine bei den Minsker Verhandlungen, verbreitet vor dem Hintergrund dessen, dass gegenüber der Öffentlichkeit alles verheimlicht wird, was bei den Verhandlungen geschieht, in den Massenmedien Thesen über „den konsultativen Charakter der Kontaktgruppe“, das „Fehlen von Anforderungen bezüglich Verfassungsänderungen“, die Notwendigkeit irgendwelcher „Stockholmer Vereinbarungen“ und weitere Phantasien.

In dieser Logik wird klar, warum die Perspektive, die „interne Küche“ der Minsker Verhandlungen einen Spalt weit zu öffnen und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass ihre ganze

öffentliche Rhetorik ausnahmslos Hirngespinnste und Manipulationen sind, die Vertreter der Ukraine so erschreckt. Die Minsker Verhandlungen sind tatsächlich der einzige von der internationalen Gemeinschaft einschließlich der OSZE und des UN-Sicherheitsrats und des „Normandie-Quartetts“ gebilligte Verhandlungsort zur Erreichung von Kompromissen bei der Regelung des Konflikts im Donbass entsprechend den Minsker Vereinbarungen. Der Verhandlungsort, der es bereits ermöglicht hat, konkrete Kompromisse zu erreichen und eine Reihe verpflichtender Dokumente zu unterzeichnen, deren Umsetzung - falls Kiew zuverlässig an diese herangeht – ermöglicht, die Spannung an der Abgrenzungslinie zu senken, die aktive Phase des militärischen Konflikts in schlafenden Zustand zu versetzen und Bedingungen für die Realisierung der politischen Schritte der Regelung, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, zu schaffen.

Offensichtlich ist nicht die Qualität der Minsker Vereinbarungen ein Hindernis für die weitere Regelung, sondern das Fehlen der Absicht und des politischen Willens der derzeitigen Regierung bezüglich ihrer Umsetzung. Daher auch der Wunsch, das Wesen zu verzerren, die Minsker Verhandlungen als „konsultatives Organ“ auszugeben. Daher auch die Beschuldigungen an die „Vermittler“ bezüglich einer Unterzeichnung „unter Druck“. Daher auch die Versuche, das „Normandie-Quartett“, das nur Kontrollfunktionen in Bezug auf die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ausübt, als Ort zum Treffen von Entscheidungen darzustellen, während gleichzeitig die vereinbarten Ergebnisse ausnahmslos aller Gipfel des „Normandie-Quartetts“ deutlich eine Unterstützung der von der Minsker Kontaktgruppe getroffenen Entscheidungen zum Ausdruck bringen und Empfehlungen für die Entwicklung von Kompromissen namentlich am Minsker Verhandlungsort enthalten. Daher auch der Wunsch, die Minsker Verhandlungen durch andere, „Budapester“ oder „Stockholmer“ zu ersetzen oder durch ein beliebiges anderes Format, nur um das Minsker auszuhöhlen.

Die Ukraine ist im Prinzip frei, beliebige Vereinbarungen abzuschließen. Und wenn sie auf diesen Weg geht, gehen wir auch unseren Weg. Und wir werden warten, wann die Ukraine wieder bereit sein wird, zur Frage der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zurückzukehren, wann die Ukraine offiziell ihren Vertretern in der Kontaktgruppe ausreichende Vollmachten erteilen wird, die es erlauben, Entscheidungen im Kontext der Regelung der Konflikts entsprechend den Minsker Vereinbarungen zu treffen, und wann sie Mechanismen bildet, die deren Umsetzung durch die ukrainische Seite garantieren. Und diejenigen, die die Möglichkeit erwägen, in die Manipulationen der Ukraine mit „Stockholmer“ und ähnlichen Vereinbarungen hereingezogen zu werden, wollen wir warnen. Berücksichtigen Sie unsere Erfahrung. Unter dem Druck der Umstände war die Ukraine in der Lage beliebte Verpflichtungen zu unterzeichnen. Aber sobald der Druck nachlässt, wird die Umsetzung der Verpflichtungen durch die Ukraine nicht einmal mehr in Betracht gezogen. Sie werden „verdreht“. Leider setzt Kiew seit 2014 dieses Mittel der Arbeit ein. Aber vor sechs Jahren es direkter formuliert: „Versprecht ihnen alles, erschießen werden wir sie dann“. Wir sind sowohl damals wie auch jetzt kategorisch gegen ein solches Herangehen.

nachmittags:

rusvesna.su: „**Noch 5 Tage“: Tichanowskaja wandte sich an die belarussischen Sicherheitsbeamten**

Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin von Belarus, Swetlana Tichanowskaja, die sich noch in Litauen befindet, appellierte an die Strafverfolgungsbeamten und forderte sie auf, sich bis zum 25. Oktober auf die Seite der Demonstranten zu stellen (die, wie sie sich erinnern, Polizisten beleidigen, sie und ihre Familien bedrohen, sie „Schwächlinge“ nennen und

„Bestrafer“).

„Ich möchte an die Strafverfolgungsbeamten appellieren.

Sie sind es gewohnt, Befehle zu befolgen. Aber Sie müssen begreifen, dass bald Befehle von der neuen demokratischen Regierung zu hören sein werden. Es ist unvermeidlich.

Sie sind es gewohnt, Ihren Vorgesetzten zuzuhören. Aber lohnt es sich, dies zu tun, wenn es nicht die Menschen in Belarus, sondern nur eine einzelne Person schützt? Das ist illegal.

Sie sind es gewohnt, Solidarität mit Ihren Kollegen zu zeigen. Aber Sie sind nicht für die Verbrechen verantwortlich, die andere begangen haben, nicht Sie. Wenn Ihr Kollege jemanden halb totgeschlagen hat, sollten nicht Sie ins Gefängnis gehen.

Das Ultimatum des Volkes ist Ihre Chance, sich auf die Seite der Weißrussen zu stellen, indem Sie der Ausführung von Strafbefehlen nicht zustimmen. Erfüllen Sie sie nicht.

Das Regime weiß, dass es im Sterben liegt und versucht, sein Schicksal mit Ihnen allen zu teilen, um die Ehre Ihrer Uniform zu beschmutzen. Lassen Sie das nicht zu. Die

Verantwortung wird persönlich von denjenigen getragen, die die Verbrechen begangen haben.

Es wird keine allgemeine Lustration geben. Ihre Arbeit wird im neuen Weißrussland benötigt, ein System von Strafverfolgungsbehörden wird benötigt.

Helfen Sie uns daher mit Geldern und unterstützen Sie Ihr Volk mit öffentlichen Appellen.

Erfüllen Sie den Eid, den jeder von Ihnen den Weißrussen geleistet hat.

Es sind noch 5 Tage bis zum Ablauf des Ultimatums des Volkes“, erklärte bzw. drohte Tichanowskaja.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_tihanovskaya_2.jpg

dnronline.su: Am 19. Oktober war der Kontroll- und Passierpunkt „Jelenowka“ zwischen der DVR und der Ukraine zur Ein- und Ausreise geöffnet.

20 Fahrzeuge, 79 Personen kamen auf das Territorium der Republik. 16 Fahrzeuge, 58 Personen wurde auf das Territorium der Ukraine gelassen.

de.sputniknews.com: **„Sputnik V“: Russland plant bis Jahresende fünffache Steigerung der Impfstoff-Produktion**

Die Produktion des Impfstoffs „Sputnik V“ zur Vorbeugung von Covid-19 soll bis zum Jahresende auf rund 1,5 Millionen Dosen pro Monat gesteigert werden. Das teilte der

russische Industrie- und Handelsminister Denis Manturow in einem Interview mit dem Fernsehsender Rossija 24 mit.

„(...) Wir wollen bis Ende dieses Monats rund 300.000 Dosen und im November rund 800.000 Dosen herstellen. Im Dezember sollen annähernd 1,5 Millionen Dosen gefertigt werden“, sagte der Minister.

Wie Manturow in der Vorwoche mitgeteilt hatte, kann im Frühjahr 2021 eine Monatsproduktion von 15 Millionen Impfstoff-Dosen erreicht werden. ...

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 20.10.2020**
In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite **einmal die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt.**

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36.

Marineinfanteriebrigade aus dem Gebiet von Talakowka heraus das Feuer mit Schusswaffen auf zivile Einwohner, die in **Kominternowo** leben, eröffnet.

Beim Beschuss haben die Kämpfer Gnatows Leuchtmunition eingesetzt, mit deren Hilfe sie trockenes Gras am Rand der Ortschaft in Brand setzen wollten.

Diese Sachverhalte wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Beschuldigungen gegenüber den Einheiten der Volksmiliz der DVR in Bezug auf Provokationen zu vermeiden.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ verletzt weiter den dritten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung, davon zeugt der Bericht der OSZE-Mission vom 19. Oktober 2020, in dem der Fall von **Stationierung von Haubitzen** der 56. Panzergrenadierbrigade in Pokrowsk durch Einheiten der 56. Brigade der BFU zum Ausdruck kommt.

Um die Entdeckung der verbotenen Waffen in den Verantwortungsbereichen der 35. Marineinfanteriebrigade und der 53. mechanisierten Brigade durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern, wurden im Gebiet von Kleschtschewka und Petrowskoje aktiv Stationen „Bukawel-AD“ und R-3330 KW1M durch mobile Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung und einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 35. Brigade eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle der OSZE-Mission zu blockieren. Diese Sachverhalte werden auch vom Bericht der OSZE-Mission vom 19.10.2020 bestätigt.

Wir bemerken eine **Zunahme der Unzufriedenheit von Soldaten** der 53. Brigade mit den Aufenthaltsbedingungen an der Front. Im Zusammenhang mit dem Sinken der mittleren täglichen Lufttemperatur ist der Bedarf an Brennholz und warmer Kleidung gestiegen. So plündern Kämpfer des 1. Bataillons der 53. Brigade, um den Unterstand zu beheizen, am Rand von Granitnoje leere Häuser nach Brennholz aus. Gefundene Wertsachen eignen sich die sogenannten Verteidiger dabei an, um sie dann zu verkaufen. **Bei einem weiteren derartigen Fall von Plünderung haben örtliche Einwohner zwei Verbrecher aus der 53. Brigade festgenommen und Vertretern des militärischen Rechtsordnungsdienstes übergeben.**

Außerdem haben Kämpfer des 2. Bataillons der 53. Brigade keine Anstrengungen unternommen, sondern beschlossen zur Hilfe von Freiwilligen zu greifen, die im Austausch gegen die Hilfe Waffen und Munition fordern. Mitarbeiter des SBU und des militärischen Rechtsordnungsdienstes haben bei einem weiteren solchen Fall von Tausch einer Kalaschnikow-Maschinenpistole und dazugehöriger Munition gegen Lebensmittel, warme Kleidung und Brennstoff den Feldwebel Werner und den Soldaten Trjuchan sowie drei Vertreter von Freiwilligenorganisationen festgenommen.

Ein etwas größer angelegter Diebstahl von Waffen und Sprengstoff wurde im 2. Bataillon der 24. Brigade der BFU entdeckt. Bei einer Kontrolle eines Raketenartilleriewaffenlagers des Bataillons durch Mitarbeiter der östlichen Territorialabteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes und operative Mitarbeiter der 5. Abteilung für Gegenaufklärung des

SBU wurde ein Fall ungesetzlicher Abschreibung von fünf Antipanzergranatwerfern, zwei Kalaschnikow-Maschinengewehren, zehn RGD-5-Granaten und zehn F1-Granaten sowie sechs Kosten mit Patronen des Kalibers 5,45 und 7,62 mm festgestellt.

Diese Waffen und Munition wurden abgeschrieben, nach Dnjepr transportiert und Vertretern der radikalen Organisationen C-14 übergeben, die von Mitarbeitern des SBU bei einem Umzug am 14. Oktober festgenommen wurden. Nach uns vorliegenden Informationen wurden im Rahmen dieses Falls der Leiter des Raketenartilleriewaffendienstes und der Leiter des Lagers, in dem zuvor die Waffen gelagert wurden, festgenommen, außerdem wurde der Bataillonskommandeur zeitweilig von seinen Verpflichtungen entbunden.

Wir haben **neue Informationen in Bezug auf den Leutnant des Sanitätsdienstes Kogut** erhalten, der eigenmächtig den Truppenteil verlassen hat. Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes, die eine Ermittlung zum Tod des Oberfähnrichs Abramow nach einer Impfung durchführen, haben in einem Gespräch mit Kameraden Abramows herausgefunden, dass Kogut Soldaten der Brigade vorgeschlagen hat, einen Test auf Coronavirus gegen eine besondere Zahlung vorzunehmen, außerdem hat er Bestellung zur Lieferung einer perspektivreichen amerikanischen Impfung gegen den Coronavirus angenommen.

de.sputniknews.com: **Indonesien verwehrt US-Spionageflugzeugen Landeerlaubnis – Medien**

Indonesien hat die Bitte der USA um eine Lande- und Tankerlaubnis für ihre P-8 Poseidon-Seeüberwachungsflugzeuge im Land abgelehnt, meldet Reuters unter Verweis auf vier hochrangige indonesische Beamte.

US-Beamte sollen im Juli und August mehrere Anfragen „auf hoher Ebene“ an den indonesischen Verteidigungs- und den Außenminister gerichtet haben, bevor der indonesische Präsident Joko Widodo die Bitte zurückgewiesen habe, so die Beamten.

Dieser Vorschlag, der in einer Zeit der Eskalierung des Wettbewerbs um den Einfluss in Südostasien zwischen Peking und Washington unterbreitet worden sei, habe die indonesische Regierung überrascht, denn Indonesien verfolge eine langjährige Politik der außenpolitischen Neutralität. Das Land habe niemals zugelassen, dass ausländische Militärs dort operieren.

„Wir wollen nicht in diese Rivalität geraten“, sagte die indonesische Außenministerin Retno Marsudi Anfang September in einem Interview.

Die P-8 spielt eine zentrale Rolle bei der Überwachung der militärischen Aktivitäten Chinas im Südchinesischen Meer, von denen Peking den größten Teil als Hoheitsgebiet beansprucht.

Spannungen um Südchinesisches Meer

Die ostasiatischen Länder China, Japan, Vietnam und die Philippinen stehen wegen der Seegrenzen und Verantwortungszonen im Süd- und Ostchinesischen Meer miteinander in Konflikt. Laut China machen sich Länder wie Vietnam und die Philippinen bewusst die Unterstützung der Vereinigten Staaten zunutze, um die Spannung in der Region anzuheizen. Die USA sind der Ansicht, dass Peking künstliche Inseln baue, sie zu militärischen Objekten umfunktioniere und seine Territorialgewässer durch künstlich gewonnenes Land erweitere. Die Vereinigten Staaten pochen auf das Recht des freien Schiffsverkehrs in diesem Gebiet. China weist die vonseiten der USA lautgewordenen Vorwürfe zurück.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/31660/23/316602381_0:258:2015:1349_1000x0_80_0_1_d7ad7a02d0094ea6b5456e8ff118d3a9.jpg

deu.belta.by: **Lukaschenko: Belarus denkt nicht über Privatisierung von Raffinerien nach**

Belarus erwägt keine Privatisierung von Raffinerien. Das erklärte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko bei der Ernennung von Andrej Soiko zum Generaldirektor der Ölraffinerie „Naftan“.

Es gebe sehr viele unzuverlässige Menschen, die diesen Betrieb für einen Spottpreis privatisieren wollen. Die prinzipielle Position des Präsidenten bestehe darin, dass über die Privatisierung der Raffinerien nicht einmal nachgedacht werden sollte, so der Staatschef. Er betonte, dass Preisverfall und Nachfragerückgang den Ölraffinerien in der ganzen Welt Schwierigkeiten bereiten. „Daher rühren die Probleme. Es gibt auch andere Schwierigkeiten, aber wir denken nicht über die Privatisierung unserer Industriegiganten nach, die wir bewahren und modernisieren konnten“, unterstrich der belarussische Staatschef.

Es sei immer so gewesen. Es hätte Rezessionen und Anstiege gegeben. In der Krisenzeit müsse das Land den Ausweg für eine normale Entwicklung finden, erklärte Alexander Lukaschenko.

Es wurde hervorgehoben, dass man bei der Ernennung neuer Leiter, unter anderem des Generaldirektors von Naftan, die Kandidaten sorgfältig überprüfe. Andrej Soiko sei ziemlich jung, verfüge aber über große Arbeiterfahrung und Führungskompetenzen.

Der Präsident unterstützte die Idee, dass junge Leute an die Führung kommen müssen. Die Zeit fordere nicht nur qualifizierte Leiter, sondern auch zuverlässige, sichere und treue Menschen, so Alexander Lukaschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1603190725_53325_big.jpg

de.sputniknews.com: **Moskau: Keine offizielle Antwort von USA auf Vorschlag zur New-Start-Verlängerung erhalten**

Russland hat keine offizielle Antwort der Vereinigten Staaten auf den Vorschlag erhalten, den Vertrag über die Reduzierung strategischer Waffen (New-Start-Vertrag) um ein Jahr zu verlängern, teilte das russische Außenministerium mit.

Dem Ministerium zufolge haben Vertreter des russischen Außenamtes nur einzelne Kommentare amerikanischer Beamter in sozialen Netzwerken gesehen. Moskau rechne allerdings mit einer offiziellen Antwort.

„Die russische Seite hat keine offizielle Antwort der USA auf die Note vom 16. Oktober dieses Jahres erhalten, in der der Vorschlag von Präsident Wladimir Putin formuliert wurde, den derzeitigen New-Start-Vertrag um ein Jahr zu verlängern. Wir haben nur einzelne Kommentare von amerikanischen Beamten in den sozialen Netzwerken gesehen“, stand in der Mitteilung.

Zum Einfrieren der Sprengköpfe bereit

Mit der Vertragsverlängerung sei Russland auch bereit, sich zusammen mit den Vereinigten Staaten zum Einfrieren von Atomsprengköpfen zu verpflichten.

„Russland schlägt vor, den New-Start-Vertrag um ein Jahr zu verlängern, und ist gleichzeitig bereit, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten eine politische Verpflichtung einzugehen, um die Anzahl der von den Parteien für diesen Zeitraum vorhandenen Atomsprengköpfe 'einzufrieren'", hieß es weiter in der Mitteilung.

Es wird dabei betont, dass diese Position „streng und ausschließlich unter der Voraussetzung umgesetzt werden könne, dass das 'Einfrieren' von Sprengköpfen nicht mit zusätzlichen Forderungen der Vereinigten Staaten einhergehe“.

„Wenn dieser Ansatz für Washington geeignet ist, kann die durch die New-Start-Verlängerung gewonnene Zeit genutzt werden, um umfassende bilaterale Verhandlungen über die künftige Kontrolle von Atomraketenwaffen unter obligatorischer Berücksichtigung aller Faktoren zu führen, die die strategische Stabilität beeinflussen“, fügte das Ministerium abschließend hinzu.

Putins Vorschlag auf Verlängerung

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte am 16. Oktober eine bedingungslose Verlängerung des New-START-Vertrags mit den USA um ein Jahr vorgeschlagen. Er begründete seinen Vorschlag mit der Wichtigkeit des Abrüstungsabkommens für die globale Sicherheit. Das Abkommen habe in der Vergangenheit gut funktioniert und seine fundamentale Rolle zur Beschränkung und Verhinderung des Wettrüstens sowie in der Rüstungskontrolle erfüllt, fügte der Präsident hinzu. Ein entsprechendes Angebot soll Außenminister Lawrow an Washington vorbereitet haben.

New-Start-Vertrag

Der New-START-Vertrag (Vertrag zur Verringerung strategischer Atomwaffen) zwischen Russland und den Vereinigten Staaten war am 5. Februar 2011 in Kraft getreten und läuft am 5. Februar 2021 aus. Demzufolge soll jede Vertragspartei ihr Nukleararsenal so reduzieren, dass sie sieben Jahre später sowie auch zukünftig über nicht mehr als 700 ballistische Interkontinentalraketen, luft- und U-Boot-gestützte ballistische Raketen sowie 1550 Sprengköpfe und 800 Trägersysteme verfügt. In diesem Jahr gab es bereits einige Verhandlungsrunden über die Verlängerung des Vertrages.

Mil-lnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij am 20. Oktober 2020

In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK eine

Verletzung der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands durchgeführt, wobei eine Feuerprovokation begangen wurde. Kämpfer des 1. mechanisierten Bataillons der 24. Brigade im Gebiet von Luganskoje haben neun 120mm-Mörsergeschosse und neun RPG-7-Granaten auf **Kalinowka** abgefeuert. ... Um die Entdeckung der verbotenen Technik zu verhindern schaffen die Einheiten der ukrainischen Verbrecher weiter **Hindernisse für die Drohnen der OSZE-Mission**. Im Verantwortungsbereich der 30. Brigade im Gebiet von Popasnaja hat eine mobile Gruppe des 20. Bataillons für elektronische Kriegsführung eine Station „Bukawel-AD“ eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle der OSZE-Mission zu blockieren, was auch von der Mission bestätigt wird.

Im Zusammenhang mit der kritischen epidemiologischen Lage in der Ukraine hat am 19. Oktober eine neue Zoneneinteilung in der Oblast Lugansk begonnen. Zur „roten Zone“ gehören Gebiete von Ortschaften im Verantwortungsbereich der 14., 24., 30., 80. Brigade, die Aufgaben in der OOS-Zone ausführen. Außerdem befindet sich Sewerodonezk in der „roten Zone“, wo der Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ stationiert ist. Auf dem Hintergrund der Ausbreitung der zweiten Welle des Coronavirus wächst in diesen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte die Zahl der Infektionen. ...

Wir erhalten weiter Informationen über neuen Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten unter der Zivilbevölkerung in der OOS-Zone.

Nach Informationen unserer Quellen hat eine technische Gruppe der 14. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Wojtschenko eine Örtlichkeit im Gebiet von Trechisbjonka vermint, ohne Minengefahrschilder aufzustellen. Am 19. Oktober geriet ein 54 Jahre alter Einwohner von Trechisbjonika, der Bürger Ljagajlo, beim Fischen am Ufer des Sewernyj Donezk auf eine Antipersonenmine PMN-2, in der Folge wurde er schwer verletzt. Zu diesem Vorfall laufen Ermittlungen gegen Kämpfer der 14. Brigade, die an der Installation der Minen beteiligt waren. ...

de.sputniknews.com: **USA erweitern Sanktionen gegen Nord Stream 2**

Die USA haben die Sanktionsliste gegen die Gaspipeline Nord Stream 2 erweitert, wie aus einer Mitteilung des US-Außenministeriums am Dienstag hervorgeht.

„Das Außenministerium hat sich verpflichtet, die Sanktionen gemäß dem PEESA-Gesetz (Protecting Europe’s Energy Security Act) von 2019 vollständig durchzusetzen“, steht in der Mitteilung.

Zu den Aktivitäten, die nun von den USA mit Sanktionen strafbar sind, gehören die „Bereitstellung von Dienstleistungen oder Anlagen für die Modernisierung oder die Installierung von Ausrüstung für diese Schiffe (welche die Pipeline verlegen – Anm. d. Red) oder die Finanzierung von Upgrades oder Installierung der Ausrüstung für diese Schiffe“. Die Bereitstellung von Dienstleistungen oder Waren, die für den Schutz der Menschen an Bord der Verlegerschiffe sowie für den Umweltschutz bestimmt sind, ist der Anordnung zufolge nicht strafbar. Die neuen Maßnahmen werden ebenfalls nicht die Akteure treffen, die vor der Veröffentlichung der neuen Unterlagen an dem Bau der Gasleitungen beteiligt waren – unter der Voraussetzung, dass sie innerhalb von 30 Tagen diese Aktivitäten stoppen. Die Sanktionen, die sich gegen Nord Stream 2 sowie auch gegen die Gasleitung TurkStream richten, werden damit begründet, dass sie die Energiediversifizierung in Europa verhindern und somit Europas Energiesicherheit schwächen würden.

Deu.belta.by: **Lukaschenko über die Minsker auf Protesten: „Ihnen gingen die Augen auf“**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat heute wichtige Personalentscheidungen getroffen. Dabei äußerte er sich zu den Protesten, die seit Wochen in Belarus stattfinden, und warnte davor, dass man für rechtswidriges Handeln zur

Verantwortung gezogen wird.

Die nicht genehmigten Massenproteste hätten die öffentliche Meinung sehr beeinflusst, sagte er. „Unseren Menschen gingen plötzlich die Augen auf. Besonders den Minskern. Sie haben gesehen, wer heute an die Macht will, wer an die Macht kommen könnte und was in diesem Fall aus Belarus würde. Sie haben eingesehen, was sie verlieren können. Die Minsker beschwerten sich in den Medien: man kann nachts kaum einschlafen, man hat Angst um die eigenen Kinder. Die Hauptstadteinwohner haben das friedliche Minsk von gestern und das brodelnde Minsk von heute verglichen und gesehen, was sie verlieren können“, so Lukaschenko.

Die Straßenproteste in Minsk hätten eine negative Wirkung. Wer an rechtswidrigen Aktionen teilnehme, müsse auch entsprechende Konsequenzen in Kauf nehmen. „Dieses Herumschlendern ist schlimm. Dieses rüpelhafte Benehmen ist schlimm. Aber wir haben unsere Taktik geändert. Wir werden langsam und ruhig jeden herausfinden. Moderne technische Mittel werden uns dabei behilflich sein. Und jeder Einzelne wird für seine Taten Verantwortung tragen. Das ist keine Drohung. Das ist unsere Arbeit. Und sie bringt ihre Früchte.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1603196422_53331_big.jpg

de.sputniknews.com: „Immer noch eine Frage“: Russischer UN-Botschafter über Waffenstillstands-Kontrolle in Karabach

Die Frage, welche Organisation – die Uno oder die OSZE – die Einhaltung des Waffenstillstands in der Konfliktregion Bergkarabach überwachen wird, wird immer noch erörtert. Dies hat der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja nach den nicht öffentlichen Beratungen des UN-Sicherheitsrats gegenüber Journalisten mitgeteilt.

„Seit die Einigung über die Waffenruhe erzielt wurde, wurde sie nicht eingehalten. Die Hauptfrage ist, wie die Kontrolle über die Einhaltung des Waffenstillstands sichergestellt werden kann“, sagte Nebensja.

Am Montag habe es Berichte gegeben, dass das russische Verteidigungsministerium mit Kollegen in Armenien und Aserbaidschan über die Umsetzung eines Kontrollmechanismus verhandeln würde, hieß es.

„Auf dieses Thema wurde natürlich bei den Beratungen eingegangen, und der Sicherheitsrat nimmt in dieser Angelegenheit eine sehr einstimmige Position ein“, so der russische UN-Botschafter.

Angesprochen darauf, welche Organisation - die Uno oder die OSZE - besser geeignet wäre, die Waffenruhe in Bergkarabach zu kontrollieren, sagte er: „Die Uno würde ein Mandat des Sicherheitsrates benötigen, dies ist keine einfache, keine schnelle Sache. Die OSZE spielt eine Hauptrolle bei der Beilegung.“

„Wer wird in welcher Funktion dort sein, wer wird kontrollieren, das ist immer noch eine Frage. Es wird diskutiert. Wie es in der Praxis umgesetzt wird, ist ein weiterer Moment“, fügte Nebensja hinzu.

Zuvor hatten Russland, Frankreich und die USA (die Co-Vorsitzenden der Minsker Gruppe der OSZE) nicht öffentliche Beratungen des UN-Sicherheitsrates zur Lage in Bergkarabach beantragt. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32019/19/320191950_0:295:2339:1560_1000x0_80_0_1_78c9465142f6ca651df0328d25debe36.jpg

de.sputniknews.com: **Nach „Sputnik V“: Russland will auch weitere Impfstoffarten gegen Corona international vermarkten**

Russland beabsichtigt, neben dem ersten russischen Corona-Impfstoff auch weitere heimisch entwickelte Vakzine gegen das Coronavirus auf den Weltmarkt zu bringen. Das teilte der russische Premier Michail Mischustin am Dienstag in einer Sitzung des Valdai-Diskussionklubs mit.

„Wir sind stolz darauf, dass der weltweit erste Impfstoff gegen das Coronavirus aus Russland stammt. Mehr noch, wir planen, auch weitere Impfstoffe auf den Markt zu bringen. Das ist ein Beweis dafür, dass unsere Wissenschaft ein Riesenpotenzial hat“, sagte Mischustin.

In kurzer Zeit sei ein konkurrenzfähiges Produkt für den Binnen- und den Weltmarkt geschaffen worden, am wichtigsten sei aber, dass das die Zuversicht schaffe, „dass wir die Krankheit besiegen und die Menschen schützen können“.

Das russische Gesundheitsministerium hatte im August den weltweit ersten Impfstoff zur Vorbeugung von Covid-19 – „Sputnik V“ - registriert, der im Gamaleya-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie entwickelt worden war.

Im Oktober wurde in Russland ein weiterer Impfstoff – „EpiVacCorona“ – registriert, der im Nowosibirsker Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie „VEKTOR“ bei der Aufsichtsbehörde Rospotrebnadzor geschaffen worden war.

Ein dritter Impfstoff befindet sich derzeit im klinischen Erprobungsstadium. Das Serum war im Tschumakow-Forschungszentrum für immunbiologische Präparate der Akademie der Wissenschaften entwickelt worden. Es basiert auf dem Virus Sars-CoV-2, das nicht mehr ansteckend, jedoch fähig ist, eine Immunantwort auszulösen.

dan-news.info: In der DVR hat heute die Heizperiode begonnen. In einem Erlass des Oberhauptes des DVR wurde der Beginn in diesem Jahr auf den 20.10. gelegt.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass die Heizperiode in diesem Jahr aufgrund des warmen Wetters nicht bereits am 15.10. beginnen wird.

Deutsch.rt.com: **Hoffnungsschimmer im Kaukasus: Baku signalisiert Verhandlungsbereitschaft**

Für eine Lösung des Bergkarabach-Konfliktes pocht Aserbaidschan auf eine Rückgabe der Region. Baku sei bereit, seine Militäraktionen einzustellen, wenn Armenien sich "konstruktiv" verhält. Für Armenien dagegen hat das Selbstbestimmungsrecht der Region die oberste Priorität.

Der aserbaidchanische Präsident Ilham Alijew hat in einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS erklärt, dass sein Land bereit sei, alle Militäraktionen einzustellen, wenn im Gegenzug Armenien "sich in den Verhandlungen konstruktiv verhält". Bis vor Kurzem hatte Baku noch den vollständigen Rückzug armenischer Truppen aus Bergkarabach und den umliegenden, von armenischen Streitkräften besetzten Regionen gefordert, ehe über eine Konfliktlösung gesprochen werden könne. Alijew zufolge sei es nicht die Schuld Aserbaidschans, dass der Konflikt noch in einer "heißen Phase" sei:

„Ich habe wiederholt gesagt, dass Aserbaidschan den Lösungsprinzipien verpflichtet ist, die durch den langen Verhandlungsprozess entstanden sind. (...) Aber die Erklärung, die wir aus Jerewan hören, widersprechen gänzlich den grundlegenden Prinzipien, die durch die Minsker Gruppe der OSZE geschaffen wurden“, antwortete er auf die Frage, ob es einen Weg gibt, zu dem in Moskau vereinbarten Waffenstillstand zurückzukehren.

Er warf Jerewan vor, für das Stocken der Gespräche verantwortlich zu sein:

„Die armenische Führung hat jüngst einige sehr gefährliche Erklärungen abgegeben, die praktisch die grundlegenden Prinzipien leugnen. Alle Aktivitäten der armenischen Führung waren darauf gerichtet, den Verhandlungsprozess zu stören.“

Sollte die armenische Seite begreifen, dass der Weg der "militärischen Provokationen" sie in eine "Katastrophe" führe, sei Aserbaidschan dazu bereit, seine militärischen Aktionen zu suspendieren und "die Frage am Verhandlungstisch zu lösen".

Baku halte sich, so Alijew, weiterhin an seine Verpflichtungen zu seinen Partnern:

„Wir haben uns immer auf das Völkerrecht und unsere Verpflichtung zur Lösung des Konfliktes durch friedliche Mittel verlassen, sowohl ganz am Anfang als auch in den Verhandlungen zur Konfliktlösung.“

Alijew erklärte, dass Baku versucht habe, sich an die Bestimmungen des Waffenstillstandes zu halten, Armenien habe gegen diesen jedoch verstoßen. Er warf Armenien vor, die aserbaidchanische Stadt Ganja angegriffen zu haben. Armenische Streitkräfte hätten bewusst die Zivilbevölkerung der Stadt mehrmals angegriffen. Das sei "internationaler Terrorismus". Aserbaidschan bleibe den Grundprinzipien der Minsker Gruppe der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) zur Regelung der Bergkarabach-Frage treu, sagte Ilham Alijew gegenüber TASS. „Wir sind den Grundprinzipien, von denen ich sprach, verpflichtet“, betonte Alijew. „Das sind die Rückgabe der von der armenischen Seite besetzten Gebiete, Gespräche über die Zukunft Bergkarabachs und die Rückkehr der Flüchtlinge und Zwangsvertriebenen an die Orte ihres ursprünglichen Wohnsitzes ...“, betonte der aserbaidchanische Präsident.

Armeniens Präsident Nikol Paschinjan erklärte derweil ebenfalls in einem Interview mit TASS, dass für sein Land die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes Bergkarabachs oberste Priorität habe: „Ich habe wiederholt gesagt, und das war praktisch immer die Haltung Armeniens, dass das Selbstbestimmungsrecht Bergkarabachs, das heißt der Status Bergkarabachs, für uns von strategischer Bedeutung ist“, antwortete Paschinjan auf die Frage, ob Jerewan bereit sei, die Konfliktlösung mit einer schrittweisen Rückgabe von sieben Regionen um Bergkarabach an Aserbaidschan zu beginnen, wobei Armenien den Latschin-Korridor beibehalten würde, bis der endgültige Status von Karabach festgelegt ist. „Sie haben diese Option erwähnt, und Armenien war bereit, diese oder eine ähnliche Entscheidung wie vor einigen Jahren zu akzeptieren. Es gab hier nur eine Nuance, was mit dem Status von Bergkarabach geschehen wird“, fügte er hinzu.

Die wichtigste Frage sei, ob Aserbaidschan das Selbstbestimmungsrecht Bergkarabachs anerkennt oder nicht.

Ende September kam es zur größten Eskalation der Kämpfe um die umstrittene Region seit fast drei Jahrzehnten. Moskau half, einen Waffenstillstand zu vermitteln, der jedoch laut verschiedenen Berichten von beiden Seiten schnell wieder verletzt worden sei. Seit 1992 werden Verhandlungen über eine friedliche Lösung im Rahmen der Minsker Gruppe der Organisation für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa geführt, die von drei Co-Vorsitzenden geleitet wird: Russland, den USA und Frankreich.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.10/article/5f8ebdff480cc5b4d1d42ab.JPG>

de.sputniknews.com: **Weißrussland: Präsident Lukaschenko kündigt Taktikänderung gegenüber Protestlern an**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko ist am Dienstag bei einem Treffen zu Personalentscheidungen auf das Thema der Protestaktionen in der Hauptstadt Minsk eingegangen und hat eine neue Taktik mit Einsatz „moderner Mittel“ gegenüber Demonstranten ins Spiel gebracht. Dies berichtet die staatliche Nachrichtenagentur BelTA. „(...) Wir werden in einem ruhigen Modus jeden finden. Moderne Mittel ermöglichen es uns, dies zu tun, was wir übrigens auch tun. Und jeder wird für seine Taten verantwortlich sein. Ich drohe hier nicht. Wir arbeiten in diese Richtung. Und es hat eine gewisse Wirkung“, sagte Lukaschenko.

Zudem gab er bekannt, dass weder er selbst als Staatschef noch andere Machtstrukturen allein ohne Zustimmung des Volkes Entscheidungen über für das Land wichtige Fragen, darunter die Verfassungsänderung, treffen würden.

„(...) Solange ich Präsident bin, wird das weißrussische Volk entscheiden. Nur die Menschen werden entscheiden. Nicht der Präsident allein, nicht der Leiter der Präsidialverwaltung; Spitzenbeamte, Abgeordnete werden nicht allein entscheiden. Sondern sie werden sie zum Volk bringen und sagen: Lösen Sie diese zehn, 20, 30 Fragen. Und wie das Volk entscheidet, so wird es auch sein“, so der weißrussische Staatschef.

Wenn das Volk beschließen würde, in der Nato zu sein, wie die Protestler es vorschlagen würden, würde es im Bündnis sein. Auch eine mögliche Volksentscheidung, das Land in „Stücke zu schneiden und zu verteilen“, würde akzeptiert.

„Aber wenn das Volk beschließt, dass wir in einem friedlichen, ruhigen, kultivierten Land leben sollten, so werden wir in einem solchen Land leben“, betonte Lukaschenko.

Keiner von der „sogenannten Elite“ sollte glauben, dass die Behörden mithilfe eines Betrugs Entscheidungen bezüglich der Verfassung treffen würden, hieß es weiter.

„Dies wird nicht passieren. Nur die Menschen müssen entscheiden. So eine akute Phase ist

das. Wenn die Menschen etwas anderes als den Weg wollen, den wir bisher eingeschlagen haben, mögen sie es dann versuchen“, sagte der Präsident.

Oppositioneller Telegramkanal NEXTA als extremistisch eingestuft

Ein Bezirksgericht in Minsk hatte den Telegram-Kanal NEXTA-Live und das damit verbundene Logo NEXTA als extremistische Materialien eingestuft, teilte die Agentur BelTA ebenfalls am Dienstag mit. Es handle sich dabei um die Organisation und die öffentliche Forderung nach Durchführung von Massenunruhen, hieß es.

Nun müsse das Informationsministerium den Kanal NEXTA-Live sowie das NEXTA-Logo in die Liste extremistischer Materialien aufnehmen und Maßnahmen ergreifen, um den Zugang zu Informationsressourcen mit ähnlichen Namen und deren Verbreitung im weißrussischen Segment zu beschränken.

Daraufhin kündigte der Telegramkanal an, über eine Umbenennung nachdenken zu wollen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32566/96/325669617_0:0:2518:1364_1000x0_80_0_1_0e1e259a2672d551a68c8e2f87e2b654.jpg

abends:

deutsch.rt.com: USA gehen auf Russlands letztes Angebot zu New-START-Verlängerung ein

Russland signalisiert Zustimmung zum US-Angebot, die Zahl der strategischen Nuklearwaffen einzufrieren und den New-START-Vertrag um ein Jahr ein zu verlängern. Allerdings stellt Moskau dafür eine zentrale Bedingung. Die USA fordern nun ein sofortiges Abschlusstreffen.

Russlands letztes Angebot steht: Das Land ist bereit, den US-Vorschlag zur Verlängerung des New-START-Abkommens um ein Jahr und zum ebenso langen beiderseitigen "Einfrieren" der Anzahl nuklearer Sprengköpfe anzunehmen – jedoch nur dann, wenn die USA von weiteren Forderungen absehen.

In einer entsprechenden Erklärung beklagte Russlands Außenministerium das bisherige Ausbleiben einer Reaktion der USA auf Russlands Angebot vom 16. Oktober, abgesehen von einzelnen Kommentaren von US-Vertretern in den sozialen Netzwerken. Angesichts der Lage sah man sich zu einer Klärung bewogen:

„Russland schlägt vor, den START-Vertrag um ein Jahr zu verlängern, und ist dabei bereit, mit den USA eine politische Verpflichtung einzugehen, die Zahl der den Parteien für diesen Zeitraum zur Verfügung stehenden Nuklearsprengköpfe 'einzufrieren'. Unsere Position kann strikt und ausschließlich unter der Voraussetzung umgesetzt werden, dass das 'Einfrieren' der Sprengköpfe nicht mit zusätzlichen Forderungen seitens der USA einhergeht. Wenn

Washington mit diesem Ansatz einverstanden ist, dann kann die durch die Verlängerung des START-Vertrags gewonnene Zeit für umfassende bilaterale Verhandlungen über die Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle genutzt werden – unter obligatorischer Berücksichtigung aller Faktoren, die sich auf die strategische Stabilität auswirken.“

Als eine solche Forderung verlautbarte der US-Sonderbeauftragte für Abrüstungsfragen Marshall Billingslea in der vergangenen Woche eine einseitige Begrenzung taktischer Nuklearwaffen durch Russland, berichtete etwa Defense One. Taktische Nuklearwaffen werden von START (zumal Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen) nicht abgedeckt, sollen aber nach US-Einschätzungen etwa die Hälfte der russischen Nuklearschlagkapazität ausmachen.

Eine weitere Forderung war die Wiedereinführung strenger Inspektionsmechanismen, schreibt die Washington Post.

USA bereit zu unverzüglichem Treffen zwecks Vertragsabschluss

Das Ausschlagen der US-Zusatzforderungen scheint dem State Department die Suppe keineswegs zu versalzen – die Sprecherin des US-Außenamtes, Morgan Ortagus, erklärte daraufhin, die USA seien zum Einlenken bereit:

„Wir schätzen den Willen der Russischen Föderation, in der Frage der nuklearen Rüstungskontrolle Fortschritte zu erzielen.

Die Vereinigten Staaten sind bereit zu einem unverzüglichen Treffen, um eine verbindliche Vereinbarung abzuschließen. Wir erwarten von Russland, dass es seine Diplomaten zum Selbigen bevollmächtigt.“



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.10/article/5f8f081c48fbef60f92d7709.JPG>

deu.belta.by: Gericht stuft Telegramkanal NEXTA und sein Logo als extremistisches Material ein

In Minsk hat heute ein Bezirksgericht beschlossen, den Telegram-Kanal NEXTA-Live (t.me/nexta_live) und das Logo (digitales Wasserzeichen) NEXTA als extremistisches Material einzustufen. Das gab der Pressedienst des Obersten Gerichts der Republik Belarus bekannt.

Diese Entscheidung wurde getroffen, weil die Informationsprodukte (Videos, Appelle und Statements von Autoren und Abonnenten) auf dem Kanal alle Merkmale der extremistischen Tätigkeit enthalten. Es handelt sich dabei ganz speziell um die Vorbereitung von und öffentliche Aufrufe zu Massenausschreitungen.

Das Informationsministerium wurde beauftragt, den Informationskanal NEXTA-Live (t.me/nexta_live) und das NEXTA-Logo in die nationale Liste extremistischer Materialien aufzunehmen. Darüber hinaus soll die Behörde alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um

den belarussischen Internetnutzern den Zugang zu Informationsressourcen mit ähnlichen Titeln einzuschränken sowie die Verbreitung von Materialien aus diesem Kanal im belarussischen Internetraum zu begrenzen.

Die Gerichtsentscheidung soll sofort vollstreckbar sein.

Das Zivilverfahren wurde auf Antrag der Hauptabteilung für organisiertes Verbrechen und Korruption des Innenministeriums von Belarus durchgeführt.

Im Verlauf der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, dass das Innenministerium eine Reihe von Maßnahmen gegen jene Personen ergriffen hat, die im Zeitraum vom 9. bis 11. August 2020 im Telegram-Kanal NEXTA-Live Informationen verbreitet haben, die die Merkmale extremistischen Inhalts enthalten. Zu diesem Schluss war die Staatliche Expertenkommission zur Prüfung von Informationsprodukten auf extremistische Inhalte gekommen. Der Antragssteller hat darauf bestanden, den Kanal und sein Logo als extremistisch einzustufen und in eine Sonderliste einzutragen.

Das Gericht befand, dass die Informationsprodukte (Videos), die auf dem Telegram-Kanal NEXTA-Live vom 9. bis 11. August 2020 veröffentlicht wurden, gegen das Gesetz der Republik Belarus „Zur Bekämpfung von Extremismus“ verstoßen. Sie enthalten klare Aufrufe zur Organisation von Massenunruhen.

Aus einem Kommentar des Innenministeriums geht hervor, dass jede Veröffentlichung oder Teilung der Beiträge mit NEXTA-Logo im Internet mit Geldbußen geahndet werden kann - „für den Vertrieb, die Produktion, die Lagerung, den Transport von Informationsprodukten, die Aufrufe zu extremistischen Aktivitäten enthalten oder solche Aktivitäten fördern“ (Teil 2 des Artikels 17.11 des Ordnungswidrigkeitsgesetzbuches).

Die Hauptabteilung für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption des Innenministeriums informierte die Medien, dass sie genügend Mittel habe, um alle Personen festzustellen, die die verbotenen Informationen aus dem Telegram-Kanal NEXTA weiter teilen würden. Auch wenn der Kanal seinen Namen ändere, werde das kein Grund sein, ihn aus der Liste extremistischer Ressourcen zu streichen, hieß es im Kommentar.